



Global Partners in Action: NRO-Forum zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Entwicklung

Invest in Health, Rights and the Future
Berlin, Germany | September 2-4, 2009

www.globalngoforum.org

Berlin Call to Action

Es ist an der Zeit, dass Geber und Regierungen auf allen Ebenen die Umsetzung des bei der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) verabschiedeten Aktionsprogramms beschleunigen, da es grundlegend für die Verwirklichung von Gleichberechtigung und Gerechtigkeit, Menschenrechten und sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung ist.

Führende Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NRO) aus mehr als 130 Ländern sind in Berlin zusammengekommen, um die internationale Gemeinschaft aufzufordern, ihr Engagement für die Vision des Aktionsprogramms der Weltbevölkerungskonferenz auszuweiten und zu verstärken, insbesondere im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte.

So dringlich der ICPD-Aktionsplan schon 1994 war, umso wichtiger ist er heute, da Länder, Gesellschaften und Individuen wirksame Antworten auf die finanzielle, politische, humanitäre und ökologische Krise, den Klimawandel, unzureichende Gesundheitsressourcen, eine andauernd hohe Müttersterblichkeit und Morbidität, die Ausbreitung von HIV und die Ungleichheit bei der Gewährleistung der Menschenrechte suchen. Es gilt, die entscheidenden sozialen Gesundheitsfaktoren zu kennen, die für einen großen Teil der Ungerechtigkeiten im Gesundheitsbereich zwischen und innerhalb der Länder verantwortlich sind. Zugang zu Informationen und Diensten sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte sind zur Lösung dieser Problematik unentbehrlich. Auf der Weltbevölkerungskonferenz wurde ein visionärer globaler Konsens erzielt, der bekräftigt, dass die beste Möglichkeit zur Verbesserung globaler Gesundheits- und Bevölkerungspolitik, zur Förderung nachhaltiger Entwicklung, zur Stärkung der Menschenrechte und zur Armutsminderung darin besteht:

- In die Gesundheit und Rechte von Frauen und Jugendlichen zu investieren;
- Umfassende Informationen, Dienste und Hilfsmittel im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit für alle Menschen zur Verfügung zu stellen;
- Die Diskriminierung von Mädchen zu beenden und ihnen den Zugang zu allen Bildungsstufen zu gewährleisten;
- Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit zu fördern und die Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen zu stärken.

Die auf der Weltbevölkerungskonferenz verabschiedeten grundlegenden Prinzipien und vorrangigen Maßnahmen wurden wiederholt von den Regierungen bekräftigt, da sie mit anderen Entwicklungsaspekten in Beziehung stehen. So etwa bei der 21. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 1999, durch die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen und die Millenniumentwicklungsziele (MDGs), beim Weltgipfel 2005, durch die Aufnahme des universellen Zugangs zu reproduktiver Gesundheit als ein Unterziel der MDGs, in der Resolution der UN-Kommission für Bevölkerung und Entwicklung im Jahr 2009 und in den Empfehlungen der UN-Gremien zur Überwachung der Einhaltung der Menschenrechtsverträge.

Da nur noch fünf Jahre bleiben, um das Aktionsprogramm der Weltbevölkerungskonferenz umzusetzen und die damit eng verbundenen MDGs zu verwirklichen, fordern wir lokale, nationale und internationale Entscheidungsträger auf, gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen konkrete, praktische und voll finanzierte Maßnahmen zur Gewährleistung sexueller und reproduktiver Gesundheit und der entsprechenden Rechte zu beschließen und umzusetzen.

Wir fordern, unverzüglich die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

I. Sicherstellen, dass sexuelle und reproduktive Rechte als Menschenrechte voll anerkannt und verwirklicht werden.

Gesetzes- und Politikreformen, um sexuelle und reproduktive Rechte zu schützen und zu fördern, die unerlässlich sind, um das höchstmögliche Gesundheitsniveau zu erreichen. Rücknahme von restriktiven und strafenden Gesetzen und Politiken, die den Zugang zu Informationen und Diensten sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten verhindern, sowie solcher, welche



die Übertragung von HIV und Schwangerschaftsabbrüche kriminalisieren. Diese Gesetze und Politiken sollten mindestens die internationalen Menschenrechtsstandards, -verträge und -konventionen erfüllen. Diese Rechte ermöglichen freie und informierte Entscheidungen bezüglich Heirat, Schwangerschaft, Geburt, Verhütung, Sexualität, sexueller Orientierung, Lust und Lebensunterhalt, Beendigung von sexuellem und reproduktivem Zwang, Stigma, Diskriminierung, schädlichen traditionellen Praktiken und geschlechtsspezifischer Gewalt, insbesondere gegen Frauen und Mädchen.

II. Investitionen in umfassende Informationen, Hilfsmittel und Dienste im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit¹ als Schwerpunkt bei der Stärkung von Gesundheitssystemen.

Wir sind zutiefst besorgt über die Folgen unsicherer Schwangerschaftsabbrüche und Müttersterblichkeit und fordern daher die Regierungen auf, diese als eine Angelegenheit der öffentlichen Gesundheit und als Menschenrechtsfrage zu behandeln. Gewährleistung eines gerechten und erschwinglichen Zugangs zu Verhütungsmitteln, sicherem und legalem Schwangerschaftsabbruch, qualifizierter Versorgung für Mütter und Neugeborene, einschließlich Zugang und Überweisung zu Gesundheitsdiensten im Fall von Komplikationen während der Schwangerschaft oder Geburt; Prävention, Diagnose, Behandlung und Versorgung von HIV und AIDS und allen anderen sexuell übertragbaren Infektionskrankheiten, auch in humanitären Krisen. All diese Dienste müssen im Gesundheitssystem zur Verfügung stehen und durch dieses voll finanziert sein, insbesondere im öffentlichen Sektor und auf der Ebene der primären Gesundheitsversorgung, wobei die bedeutende Rolle von NRO bei der Bereitstellung von ergänzenden Gesundheitsdiensten berücksichtigt werden sollte. Bereitstellung dieser Dienste für alle und Sicherstellung der Qualität sowie einer Gesundheitsversorgung, die geschlechts- und altersspezifische Aspekte berücksichtigt und keine Diskriminierung von Menschen mit niedrigem Einkommen und anderen marginalisierten Gruppen. Die Anbieter dieser Dienste sollen vorurteilsfrei handeln und Diversität respektieren. Förderung von Innovation, u.a. die Entwicklung neuer Technologien und Servicemodelle und Zugang zu wissenschaftlichem Fortschritt. Wir fordern die Regierungen auf, Ziele und Indikatoren in die nationale Gesundheits- und Budgetplanung aufzunehmen, um positive Ergebnisse im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte sicherzustellen.

III. Gewährleistung von sexuellen und reproduktiven Rechten für Jugendliche und junge Menschen.

Stärkung der Selbstbestimmung von jungen Menschen, um informierte Entscheidungen über ihr Leben und ihre Lebensgrundlage fällen zu können in einem Umfeld, das alle Barrieren, die dem Zugang zur vollen Bandbreite an Informationen und Diensten sexueller und reproduktiver Gesundheit entgegenstehen, beseitigt. Sicherstellung der Vertraulichkeit und Abschaffung der Zustimmungspflicht durch Eltern oder Ehepartner und Altersbeschränkungen. Erhöhung und Zuteilung der Mittel, die notwendig sind, um wirksame, konstante, Genderaspekte berücksichtigende und jugendfreundliche Dienste anzubieten sowie wissenschaftliche, aktuelle und umfassende Sexuaufklärung. Anerkennung und Respektierung der Diversität junger Menschen und Erhebung von nach Alter und Geschlecht getrennter Daten.

IV. Schaffung und Umsetzung formeller Mechanismen für eine signifikante Beteiligung der Zivilgesellschaft an Programmen, Politik- und Budgetentscheidungen, Monitoring und Evaluierung.

Insbesondere Frauen und jungen Menschen soll kontinuierlich die Chance gegeben werden, als vollwertige Partner am Politikdialog und an Entscheidungsprozessen teilzuhaben. Erhöhung der Finanzmittel und Gewährleistung der Autonomie von Nichtregierungsorganisationen, insbesondere Frauenorganisationen, um ihre Arbeit hinsichtlich Information, Einflussnahme und Forderungen im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte auszuweiten und stärken. Rücknahme repressiver Gesetze, die NRO regulieren und Verabschiedung und Umsetzung einer Gesetzgebung, die ihre Aktivitäten schützt und erleichtert. Anerkennung und Schutz von Menschen, die sich als Verteidiger der Menschenrechte für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte einsetzen und die Förderung einer bedeutenden Führungsrolle von Frauen, jungen Menschen und Gruppen, die in Situationen leben, die ihre Verletzbarkeit erhöht.

¹ Reproduktive Gesundheit [...] bedeutet, dass die Menschen ein befriedigendes und sicheres Sexualleben haben können und dass sie die Fähigkeit haben sich fortzupflanzen und die Freiheit zu entscheiden, ob, wann und wie oft dies geschehen soll. Dies beinhaltet implizit das Recht von Männern und Frauen, informiert zu sein und Zugang zu sicheren, wirksamen, erschwinglichen und akzeptablen Familienplanungsmethoden ihrer Wahl zu haben, sowie zu anderen Methoden ihrer Wahl zur Regulierung der Fruchtbarkeit, die nicht gesetzlich verboten sind, und das Recht, Zugang zu geeigneten Gesundheitsdiensten zu haben, die Frauen eine sichere Schwangerschaft und Geburt ermöglichen und Paaren die größte Chance bieten, ein gesundes Baby zu bekommen. ... reproduktive Gesundheitsversorgung wird definiert als die Konstellation von Methoden, Techniken und Diensten, die zur reproduktiven Gesundheit und zum Wohlergehen beitragen, indem durch sie reproduktiven Gesundheitsproblemen vorgebeugt, bzw. diese gelöst werden. Dazu gehört auch sexuelle Gesundheit, deren Ziel eine Verbesserung des Lebens und der persönlichen Beziehungen ist, und nicht nur Beratung und Versorgung im Bereich Fortpflanzung und sexuell übertragbarer Krankheiten.



V. Gewährleisten, dass nationale Regierungen und Geber genügend Ressourcen und Haushaltsmittel zur Verfügung stellen, um den Bedarf aller Menschen hinsichtlich ihrer sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte zu befriedigen.

Insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten fordern wir alle Geber auf, ihre Zusagen für die Entwicklungszusammenarbeit einzuhalten und eine volle, vorhersehbare und langfristige Finanzierung bereitzustellen. Sicherstellen, dass Finanzierungsmechanismen, Politiken und Dienste im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte einschließen. Erarbeitung und Durchführung von konkreten, praktischen und vollfinanzierten Maßnahmen zur Sicherstellung von sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten. Stärkung und Harmonisierung einer Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt und ökonomisch und ökologisch nachhaltig ist. Vorrang für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte als entscheidende Komponente für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, Gesundheit und Entwicklung.

Wir fordern Sie auf, die folgenden Handlungsprinzipien umzusetzen:

- **Gerechtigkeit und Gleichberechtigung.**
Das Aktionsprogramm der Weltbevölkerungskonferenz und die Millenniumsentwicklungsziele können ohne Gerechtigkeit und Gleichberechtigung nicht erreicht werden, daher müssen alle Maßnahmen so gestaltet und daraufhin überprüft werden, dass sie Gerechtigkeit, Partizipation und Repräsentation fördern;
- **Inklusivität und Transparenz.**
Alle Stakeholder, einschließlich der NRO, die diese Erklärung abgeben, sollen als Partner zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass diese dringlichen Maßnahmen ergriffen werden und Wirkung erzielen.
- **Rechenschaftspflicht und Nachhaltigkeit.**
Alle Stakeholder – Politiker, Geber und die Zivilgesellschaft – verpflichten sich, das Aktionsprogramm der Weltbevölkerungskonferenz umzusetzen und sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte zu garantieren.
- **Demokratische Prozesse und eine Politik ohne Fundamentalismen und andere Doktrinen, welche die Menschenrechte einschränken.**

Wir, die NRO, die an dem NRO-Forum Global Partners in Action teilgenommen haben, fordern die Regierungen auf, ihr Engagement hinsichtlich des Aktionsprogramms der Weltbevölkerungskonferenz erneut zu bekräftigen, ferner werden wir uns als NRO in unseren Ländern und unseren Gemeinschaften für diesen Berlin Call to Action einsetzen. Wir werden mit Regierungen, bilateralen und multilateralen Institutionen und Politikern und anderen Organisationen der sozialen Bewegungen zusammenarbeiten, um eine zeitnahe Umsetzung sicherzustellen und um Regierungen für die vollständige Realisierung des Aktionsprogramms zur Verantwortung zu ziehen.

Menschen können ohne die vollständige Umsetzung des Aktionsprogramms der Weltbevölkerungskonferenz nicht in Würde leben. Wir fordern, dass alle Regierungen die 1994 in Kairo ihrem eigenen Volk sowie der internationalen Gemeinschaft gegebenen Verpflichtungen erfüllen. Als NRO arbeiten wir jeden Tag daran, das Recht auf Gesundheit zu würdigen. Wir verpflichten uns zu diesem Aufruf und seiner Weitergabe an Politiker und Stakeholder, die sich für die Gestaltung der Zukunft einsetzen. Es geht um Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung für alle. Dieses Mandat endet nicht in Berlin. Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken.